

Rechte Szene	2
Farbenwechsel Neuzugänge von der Union werden bei den „pro-Gruppen“ lautstark begrüßt, geräuscharm funktioniert die Integration neuer Mitstreiter aus dem rechtsextremen Lager.	
„Technischer Vorreiter“ Eine rechtsextreme Website bietet Musiktitel von bekannten Rechtsrock-Bands für wenig Geld zum downloaden an.	
Szenen aus der Provinz Neonazis und langjährige Parteikader prägen das Bild der niederbayerischen NPD.	
Ausland	5
Wachsende Islamfeindlichkeit In den Niederlanden steigt die Zahl der Neonazis an – die im Parlament vertretene Freiheitspartei wird von Experten als rechtsextrem bewertet.	
Antisemitismus	6
Neue Rezepte gefragt Eine Tagung in der Friedrich-Ebert-Stiftung Berlin befasst sich mit konkreten Handlungsstrategien gegen Antisemitismus.	
Chronik des Hasses Der „blick nach rechts“ dokumentiert ausgewählte antisemitische Vorfälle im ersten Halbjahr 2008:	
Seitenblick	10
NS-Raubkunst Deutsche Museen sind in der Pflicht, ihre Sammlungen auf Kulturgüter zweifelhafter Provenienz zu durchforschen.	
Rezension	11
Mythos „Werwolf“ Die NS-Untergrundorganisation war verantwortlich für zahlreiche feige Morde an den eigenen Landsleuten.	
Meldungen	12

Rechte Szene

Farbenwechsel

Neuzugänge von der Union werden bei den „pro-Gruppen“ lautstark begrüßt, geräuscharm funktioniert die Integration neuer Mitstreiter aus dem rechtsextremen Lager.

Vier Wochen vor der Kommunalwahl in Nordrhein-Westfalen im Juni 2009 plant die „Bürgerbewegung pro NRW“ in Köln eine Neuauflage ihres im September gescheiterten „Anti-Islamisierungskongresses“. Am 9. Mai soll die „Hauptkundgebung“ stattfinden. Als „Spitzengespräch“ titulierte „pro NRW“ hochtrabend ein Vorbereitungstreffen am 13. Dezember in Köln. Mit von der Partie neben den „pro“-Oberen: der Wiener FPÖ-Landesminister Johann Herzog, die belgische Abgeordnete Hilde Delobel vom Vlaams Belang und der sächsische Bundestagsabgeordnete Henry Nitzsche, der nach seinem Austritt aus der CDU die Wählervereinigung „Arbeit, Familie, Vaterland“ (AFV) gegründet hatte. Hauptredner bei der Kundgebung sollen nach dem bisherigen Stand der Planungen der „pro“-Vorsitzende Markus Beisicht, Nitzsche, der Vlaams-Belang-Fraktionschef Filip Dewinter und der Lega-Nord-Europaabgeordnete Mario Borghezio sein. Wer zur angekündigten „hochrangigen Spitzendelegation“ der FPÖ gehören wird, steht noch nicht fest.

„Zusammen mit bis zu 2000 Besuchern aus ganz Europa“ werde man „ein machtvolleres Zeichen gegen Islamisierung und Überfremdung setzen“, tönt Beisicht. Doch wie sehr man vollmundige Ankündigungen und triumphale Nachberichte von „pro“ relativieren muss, zeigte sich einmal mehr am 13. Dezember. Da fand eine der „Mahnwachen“ statt, mit denen die „pro“-Gruppen einmal im Monat vor einem Gelände auftauchen, auf dem eine neue Moschee entstehen soll. „Über 250 islam- und überfremdungskritische Bürger“ wollen die „pro“-Funktionäre gezählt haben. Kölner Medien registrierten 50, maximal 60 pro-Anhänger.

Bekanntester Redner der „Mahnwache“ war Henry Nitzsche. Der neue Liebling von „pro NRW“ ist bei seinem strammen Marsch nach Rechtsaußen offenbar kaum noch zu stoppen. Am 2. Dezember ließ er wissen, er werde im Kreis Bautzen für das Amt des Ausländerbeauftragten kandidieren. Ganz

im NPD-Jargon verriet er seine Sicht dieses Amtes: Der Ausländerbeauftragte solle sich „in erster Linie darum bemühen, den hier ansässigen Ausländern bei der Organisation ihrer Heimreise behilflich zu sein, anstatt sie beim Aufbau einer dauerhaften Existenz in Deutschland zu unterstützen“. Und zynisch schob er als Begründung nach, Medien und Politik würden schließlich „regelmäßig und glaubhaft“ versichern, „dass Sachsen und Mitteldeutschland ein Hort für Rechtsextreme ist und Ausländer hier nur in ständiger Angst leben können“. „Willkommen im Klub, Herr Nitzsche!“, freute sich die NPD angesichts solcher Äußerungen. Doch die Hoffnung, Nitzsche bald in den eigenen Reihen begrüßen zu können, dürfte wohl nicht aufgehen. Tönen wie die NPD: ja – aber ansonsten bevorzugt der CDU-Aussteiger Organisationen wie „pro Köln“, die sich ein demokratisches Mäntelchen umhängen.

Zugleich befeuert Nitzsche die Hoffnungen von Beisicht & Co., konservative Teile aus der CDU herausbrechen zu können. Bislang gelang dies nur in wenigen Ausnahmefällen, etwa mit den Kölner Stadtteilpolitikern Jörg Uckermann, Ellen Sänger und Rita Krause. Auch Gereon Breuer, zuvor in Siegen Vorsitzender von JU und RCDS sowie CDU-Europabeauftragter, wechselte unlängst zu „pro NRW“. Er soll künftig als „persönlicher Referent“ Beisicht zuarbeiten.

In Bonn wurde derweil der 26-jährige Student Nico Ernst zum Kreisvorsitzenden von „pro NRW“ gewählt. Einst war er im Umfeld der Kameradschaft Rhein/Ahr und für die Kölner NPD aktiv. In einem Leserbrief an die „Junge Freiheit“ hatte er 2004 beklagt, dass das Blatt die NPD „als eine Partei der Versager“ darstelle, „die aus einer Irrationalität heraus die bewährte Bundesrepublik zerstören wolle“. Das Grundgesetz sei „nie vom deutschen Volk bestätigt worden“, notierte er und vermisste radikales Denken bei der JF: „Wenn man schön in nationalliberalen beziehungsweise rechtskonservativen Kreisen verharret, muss man sich nicht die Mühe machen, über eine Alternative zur althergebrachten Bundesrepublik nachzudenken.“ Ernsts „Alternative“ ist heute „pro NRW“. So geräuschvoll „pro NRW“ Neuzugänge vom rechten Rand der Union begrüßt, so geräuscharm funktioniert die Integration neuer Mitstreiter aus dem rechtsextremen Lager.

Tomas Sager

„Technischer Vorreiter“

Eine rechtsextreme Website bietet Musiktitel von bekannten Rechtsrock-Bands für wenig Geld zum downloaden an.

Die Ausrichtung des Internetprojekts verschweigt der Betreiber nicht. Bei „UnsereMusik.de“ wird nichts unter Vorspiegelungen von Interpretationsräumen angeboten. Auf der Startseite ist gleich zu lesen: „Willkommen beim ersten offiziellen Musikportal des nationalen Bewegung“. Hier bei dem Webprojekt von Andreas Tobaben findet sich so auch ein breites Rechtsrock-Angebot im MP3-Format.

Noch nicht mit im Programm ist die aktuelle CD von Michael Regener alias Lunikoff „Heil froh“. Die User können also noch keinen neuen Song des Sängers der verbotenen Neonazi-Band „Landser“ hören. Bei anderen Webprojekten grölt Lunikoff schon: „Sie nennen es ‘Freiheit’, sie nennen es ‘Toleranz’. Ich nenne es Europas Totentanz. Sie träumen von einem ‘Multikulti-Staat’. Für mich ist es nur weißer Verrat“. Auch unter dem Menüprogramm „Aktuelles“ finden sich kaum zeitnahe Termine. Rechtsrock weiter populär zu machen, das scheint vor allem das Interesse von Tobaben zu sein. So versprechen die Betreiber, „auf diesen Seiten findest Du Voll-CDs sowie Einzeltitel“ und versichern, „alle Downloads sind legal und unterstützen aktiv die Interpreten und Produzenten nationaler Musik“. In der bundesdeutschen Szene, betont der Rechtsrock-Experte Jan Raabe, war Tobaben „der erste, der technisch den Verkauf einzelner Lieder als mp3 organisiert hat“.

Gegen relativ kleines Geld liegen auf der Website diverse Songs und CDs von nationalen und internationalen Rechtsrock-Interpreten bereit. Kaum eine einschlägige Band, die nicht angeboten wird. Beispielsweise von Lunikoff „Höllisch Saat“. Für 9.99 Euro kann die gesamte CD downgeloadet werden. 0.88 Cent kosten einzelne Songs. Die Liedermacherin Annett ist gleich mit mehreren CDs im Angebot. Unter den „Top-10“ der Voll-CDs haben die User drei ihrer CDs durch downloaden gevotet. „Eine Mutter klagt an“ belegt Platz 1 dieser Charts. Auch ihre Gesamt-CDs kosten 9.99 Euro. Von „KC – Die Band“ ist bereits für 7.99 Euro „Komme mit uns“ und „Der 6. Streich“ zu beziehen. Die Downloadpreise für „Skrewdri-

ver“ oder „Fortress“ liegen bei dem internationalen Musikprojekt in der selben Preisspanne.

Doch auf der Website wird mehrfach versichert, hier gehe es nicht um Geldmache. Der „Ansatz“ sei vielmehr alleine „die Unterstützung von nationalen Produzenten sowie der Bands“, heißt es. Nur deshalb seien die Titel „mit einer Schutzgebühr belegt“. Sogleich wird auch vor Untreue gewarnt – „jeder illegale Download von ausländischen Servern“ schade der „nationalen Musikbranche“.

Unterstützung von „nationalen Produzenten“

Die politischen Ambitionen dürfte die „Index-Rampe“ bestätigen: Dort werden „legale Lieder von verbotenen CDs“ angeboten. „Aufgrund rechtlicher Einschränkung dürfen diese Tonträger nicht mehr als ganzes Album beworben (...) werden“, wird rechtlich erklärt und süffisant betont: „Somit muss diese schnöde Liste genügen – aber wie heißt es so schön: ... der Ton macht die Musik ... (Hervorhebung im Original)“. Lunikoff und Michael (Müller) sind breit vertreten.

Beinahe ein Sonderangebot sind die Songs von „Division Wiking“ aus ihrer CD „Gewand der Wahrheit“ – für lediglich 4.99 Euro. Deren Gesamt-CD empfiehlt „Unsere Musik“ bei „raccords.de“ zu beziehen. Durch einen entsprechenden Gutschein für die gekauften Songs könne man dort einen Preisnachlass von fünf Euro bekommen.

Offiziell wird die Website von der Hamburger-Firma Thule Media betrieben. In der Hansestadt hat sie eine Postfachadresse. Tobaben tritt indes als legaler Inhaber auf, der im niedersächsischen Hollenstedt lebt. „Er ist uns als Rechtsextremist bekannt“, sagt eine Sprecherin des Verfassungsschutzes und betont: „Die Seite wird frequentiert“. Jan Raabe sieht Tobaben als „technischen Vorreiter“. Andere Webprojekte dürften allerdings weit mehr Umsatz mit dem Geschäft von rechtsextremer Musik machen. Bei „UnsereMusik“ können nicht bloß keine CDs per Post bestellt werden, sondern auch keine Merchandisingprodukte. Wer dennoch echte CDs bestellen möchte, der wird an „Streetwear Tostedt“ verwiesen: ein Szeneladen, der keine zehn Kilometer von Tobabens Adresse entfernt angesiedelt ist.

Andreas Speit

Szenen aus der Provinz

Neonazis und langjährige Parteikader prägen das Bild der niederbayerischen NPD.

In Folge des Attentats auf den Passauer Polizeipräsidenten Alois Mannichl am 13. Dezember ist auch der NPD-Bezirksverband Niederbayern in den Fokus des Medieninteresses geraten. Szeneprominentestes Mitglied der niederbayerischen NPD war der im Juli dieses Jahres im Alter von 79 Jahren verstorbene ehemalige Rechtsterrorist Friedhelm Busse (Passau), einer der dienstältesten deutschen Neonazis und Ex-Anführer der 1995 verbotenen Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP). Bei Busses Beerdigung am 26. Juli auf dem Friedhof im Passauer Stadtteil Patriching war eine verbotene Flagge des Dritten Reiches auf dessen Sarg gelegt worden. Die Staatsanwaltschaft hat jetzt wegen Verwendung verfassungswidriger Kennzeichen Anklage gegen den 45-jährigen Neonazi Thomas Wulff erhoben.

Zugegen bei Busses Beerdigung soll Presseberichten zufolge auch Stephan Mühlberger (Breitenberg) gewesen sein, der bis 2007 dem NPD-Kreisverband Passau vorstand. Der Immobilienmakler Mühlberger ist ein führender Kopf der pflichtschlagenden Verbindung Normannia zu Winterberg (Abiturienten- und Absolventenverband) mit Sitz in Passau. Die Domain der 1906 gegründeten und im September 2007 aus NPD-Kreisen reaktivierten Burschenschaft ist ebenso wie die des „Nationalen Forums Passau“ (das derzeit nicht erreichbar ist), auf Mühlbergers Namen eingetragen. Bei Veranstaltungen des „Nationalen Forums Passau“, auf denen unter anderem das „Symbolische Wiedererstehen des deutschen Reiches!“ gefeiert wurde, waren des Öfteren auch Neonazis aus Österreich, darunter der „Bund Volkstreuer Jugend“, zugegen. Dabei wird auch schon mal deutsches Liedgut, wie „Wenn alle Untreu werden“, das einstige Treuelied der SS, geschmettert, so beispielsweise bei einer Veranstaltung am 5. November 2005. Presserechtlich verantwortlich zeichnete für die Einladung zu dieser Aufführung neben Stephan Mühlberger der NPD-Mann Andreas Resch (Salzweg), als Ortsangabe diente die Adresse der NPD-Zentrale in Berlin-Köpenick. Ein weiterer Resch, Vorname Günther, kandidierte bei der Landtagswahl im Freistaat

im vergangenen September auf Listenplatz 10 für die bayerische NPD.

Nachfolger von Mühlberger im Amt des NPD-Kreisvorsitzenden in Passau ist Martin Gabling (Neuhaus). Angaben des Passauer Staatsschutzes zufolge werden dem Passauer NPD-Kreisverband gut zwei Dutzend Mitglieder zugerechnet. Der NPD-Funktionär Gabling ist zugleich Studienkreisleiter der „Germanischen Neuen Medizin“ im Raum Passau und Mühldorf/Oberbayern. Erfinder dieser Pseudo-Medizin ist der berühmte „Wunderheiler“ und Antisemit Ryke Geerd Hamer.

Bezirksvorsitzender der NPD Niederbayern ist Christoph Hofer (Mitterskirchen), zuvor Aktivist des neonazistischen „Freizeitvereins Südbayern“. Hofer ist einer der Macher des Blättchens „Umwelt & Aktiv. Umweltschutz – Tierschutz – Heimatschutz“. Die Postille will aufzeigen, „wie Tierschutz und Umweltschutz für fremde Interessen und Interessenten, die im Verborgenen agieren, zum Nachteil unserer Heimat und unseres Volkes instrumentalisiert werden“. Um Abonnenten wird mittels Anzeigen im NPD-Parteiorgan „Deutsche Stimme“ und der FPÖ-nahen Monatszeitschrift „Die Aula“ geworben. Hofers Amtsvorgänger bei der niederbayerischen NPD war Peter Haese (Eggenfelde), der sich einst auch für die „Deutsche Aufbau-Organisation“ (DAO) engagierte.

Altgedienter NPD-Parteisoldat ist Herbert Steringer, zugleich Vorstandsmitglied des Vereins für Gartenbau und Landespflege Heining-Neustift in Passau. Steringer, zeitweilig Vorsitzender des bayerischen NPD-Landesschiedsgerichts, gehörte 2003 der NPD-Delegation beim Gründungskongress der „Frente Espanol“ (Spanische Front) an. Begleitet wurde Steringer unter anderem von seinem früheren Nachbarn in Moosburg an der Isar Udo Voigt. Niederbayerischer NPD-Mann ist auch Siegfried Birl (Geiselhöring), Geschäftsführer des einschlägigen Wikinger-Versands. Bekannteste niederbayerische Nationaldemokraten sind die Spitzenfunktionäre Bettina und Sascha Roßmüller. Letzterer ist heute stellvertretender NPD-Bundesvorsitzender und bayerisches Landesvorstandsmitglied. Roßmüller war Aktivist beim neonazistischen Nationalen Block, der 1993 verboten wurde, und von 1999 bis 2003 Vorsitzender der NPD-Nachwuchsorganisation Junge Nationaldemokraten.

Anton Maegerle

Ausland

Wachsende Islamfeindlichkeit

In den Niederlanden steigt die Zahl der Neonazis an – die im Parlament vertretene Freiheitspartei wird von Experten als rechtsextrem bewertet.

Die einst in jeder zweiten Veröffentlichung mit dem Zusatz „liberal“ oder „tolerant“ versehenen Niederlande kämpfen gegen eine immer größer werdende Gefahr von rechts. Binnen vier Jahren hat sich die Zahl der Neonazis in dem 16-Millionen-Einwohner-Staat verzehnfacht: von 40 auf 400. Die Gruppen, denen sie angehören – unter anderem in der „Blood-and-Honour“-Bewegung – sind laut einem jüngst vorgestellten Extremismus-Bericht zunehmend besser und straffer organisiert. Die Zahl rechtsextrem eingestellter Jugendlichen, die sich nicht zuletzt an Schulen organisieren, wird auf mehrere tausend geschätzt. Diese Jugendgruppen seien „wie ein Fischteich“ für organisierte Neonazis, warnte der Sozialwissenschaftler Jaap van Donselaar Mitte Dezember bei der Vorstellung des achten „Monitor Rassismus und Extremismus“ der Universität Leiden und der Anne-Frank-Stiftung.

Als ideologische Versatzstücke des niederländischen Neonazismus definieren die Autoren den Wunsch nach Rückkehr zum Nationalsozialismus sowie die Rechtfertigung des bewaffneten Kampfes gegen den Feind: die jüdische Verschwörung, den Staat, die Polizei, die Nachrichtendienste und den politischen Gegner.

Ein Blick auf die Statistik zeigt zudem, dass die muslimische Bevölkerung zunehmend in den Fokus Rechtsextremer gerät. So ging die rechtsextreme Gewalt 2007 insgesamt zurück, anti-islamische Gewalttaten nahmen um ein Drittel zu: von 62 im Jahr 2006 auf 82. Auch der niederländischen Gesellschaft attestiert der Report zunehmende „Islamfeindlichkeit.“ Mehr als jeder zweite 14- bis 16-Jährige stehe Muslimen eher negativ gegenüber; anders als früher würden „große gesellschaftliche Fragen“ stark „ethnisiert“. Niederländische Muslime stammen vor allem aus der Türkei, Marokko und Indonesien – wobei letztgenannte kaum als solche wahrgenommen werden. Mit Vehemenz geführt wird hingegen die landesweite Debatte über den Umgang mit marokka-

nischstämmigen Jugendlichen. In immer mehr niederländischen Städten nehmen auch die Auseinandersetzungen zwischen von Marokkanern dominierten Jugendgangs und der Polizei zu.

Bis weit in die 90er-Jahre galt die Thematisierung von Herkunft oder Religion der „allochtonen“ Bevölkerung bei Debatten über Kriminalität oder den Sozialstaat in den Niederlanden als absolut tabu. Das änderte sich, als der spätere EU-Kommissar Frits Bolkestein mit seiner rechtsliberalen Partei VVD mit großem Erfolg die politische Bühne betrat. Ein ehemaliges VVD- (und später dort ausgeschlossenes) Mitglied ist der Gründer und Chef der Freiheitspartei PVV, Geert Wilders. Seit der Ermordung des Rechtspopulisten Pim Fortuyn im Mai 2002 vereint die PVV in nicht unerheblichem Maße die Stimmen der Unzufriedenen. In der Öffentlichkeit gilt Wilders gemeinhin vor allem als antiislamischer Populist – die Autoren des Extremismus-Monitors werten ihn und seine Partei nun erstmals als rechtsextrem. Seine Distanzierung vom Rechtsextremismus könne über „rechtsextremistische Kennzeichen“ nicht hinwegtäuschen. Dazu gehöre das Stellen ethnischer Homogenität über Staatsgrenzen (Wilders postuliert, auf die niederländischen Antillen gerne zu Gunsten von Flandern verzichten zu wollen) wie seine anti-islamische Propaganda.

Der PVV-Gründer, der in Deutschland vor allem durch seinen islamkritischen Film „Fitna“ bekannt wurde, wies den Vorwurf des Rechtsextremismus weit von sich: als eine „Beleidigung der PVV und ihrer Wähler“. Die PVV hält, seit sie 2006 von 600 000 Niederländern gewählt wurde, neun von 150 Sitzen im Haager Parlament. Mitglieder nimmt die Partei nicht auf. Wäre das anders, meinen die Autoren des Extremismus-Monitors, zöge sie auch Rechtsextreme und Neonazis an.

Jenseits der PVV ist die einzige verbliebene rechtsextreme Partei von gewisser Relevanz die „Nederlandse Volks-Unie“ (NVU). Unter ihrem Vorsitzenden Constant Kusters – der regelmäßig auch in Deutschland bei NPD-dominierten Aufmärschen und Demonstrationen auftaucht – ist die NVU laut der Studie ein Sammelbecken von Neonazi-Aktivistin. In der Bevölkerung ist sie mit weniger als einem Prozent Unterstützung nahezu bedeutungslos.

Jeannette Goddar

Antisemitismus**Neue Rezepte gefragt**

Eine Tagung in der Friedrich-Ebert-Stiftung Berlin befasst sich mit konkreten Handlungsstrategien gegen Antisemitismus.

In der Vergangenheit gab es in der Bundesrepublik Deutschland Antisemitismus – weitgehend – ohne Juden. Antisemitische Einstellungen sind auch im vereinigten Deutschland vorhanden, aber ihre Ausprägungen haben sich geändert. Zudem richten sich solche Haltungen weitaus mehr auch gegen hier lebende Juden, deren Zahl seit den neunziger Jahren deutlich gewachsen ist. Mit der Frage, wie die künftige Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus gestaltet werden soll, befassten sich die Teilnehmer der Tagung „Heute das Morgen bedenken“, zu der die Friedrich-Ebert-Stiftung und das Bündnis für Demokratie und Toleranz Anfang Dezember nach Berlin eingeladen hatten.

Neun Prozent der Bundesbürger vertreten antisemitische Einstellungen. Das zeigt eine aktuelle, von der Friedrich-Ebert-Stiftung in Auftrag gegebene Untersuchung (*), die vor kurzer Zeit ebenfalls in Berlin vorgestellt worden war. Mit Kenntnis dieser Zahl und dem Wissen, dass sich Antisemitismus nicht auf extremistische Gruppen beschränke, seien gezielte und umfassende Reaktionen vordringlich, betonte Gregor Rosenthal vom Bündnis für Demokratie und Toleranz. „Bildung und Aufklärung“ seien dabei das beste Rezept gegen Antisemitismus.

Professor Wolfgang Benz, Leiter des Zentrums für Antisemitismusforschung an der TU Berlin, zeichnete in einer Bestandsaufnahme die verschiedenen Formen des Antisemitismus nach: Religiös und rassistisch geprägter Antisemitismus spielten in der heutigen Bundesrepublik eine nachrangige Rolle gegenüber dem sekundären Antisemitismus – bei dem eigene Schuldgefühle wegen des Holocausts gegen die jüdischen Opfer gerichtet werden – sowie dem Antizionismus. „Hinter dieser Haltung versteckt sich oftmals eine generell jüdenfeindliche Einstellung“, erklärte der Wissenschaftler. Nämlich dann, wenn undifferenziert alle Israelis als Täter, alle Palästinenser als Opfer dargestellt würden. „Natürlich kann die Politik des Staa-

tes Israel kritisiert werden. Aber oftmals dient diese Kritik nur als Vehikel für antisemitische Positionen.“

Dem schloss sich Franziska Ehrlich vom Verein Miphgasch/Begegnungen an. Gerade über Hintergründe und Entwicklung des Nahost-Konfliktes gebe es große Wissenslücken nicht nur bei Jugendlichen. Zudem schienen in den zurückliegenden Jahren antisemitische oder antizionistische Äußerungen regelrecht populär geworden zu sein. Gleichzeitig gelte vielen vor allem der Islam als jüdenfeindlich. „Mit solchen unbewiesenen Behauptungen soll von antisemitischen Haltungen in allen Bevölkerungsgruppen abgelenkt werden“, sagte Franziska Ehrlich, die Judentum und Islamwissenschaften studiert hat und bei der Veranstaltung ebenso wie Rosenthal Bildung und Aufklärung als Mittel gegen Antisemitismus empfahl.

Dass neben dem Bildungsbereich die Politik wie auch die Zivilgesellschaft zum verstärkten Engagement gegen Antisemitismus aufgefordert seien, betonte der SPD-Bundestagsabgeordnete Gert Weisskirchen. Projekten gegen Rechtsextremismus und Antisemitismus käme dabei eine wichtige Aufgabe zu. Zudem gehe es in nächster Zeit um die Umsetzung des interfraktionellen Bundestagsbeschlusses vom 4. November gegen Antisemitismus. „Wir benötigen Kriterien für die Arbeit zivilgesellschaftlicher Gruppen, aber keine bürokratische Gängelung.“ Vordringlich sei zudem die finanzielle Sicherung dieser Arbeit. Darüber hinaus plädierte Gert Weisskirchen dafür, die persönlichen Erinnerungen von Holocaust-Überlebenden in ein kulturelles Gedächtnis zu transformieren, da es schon bald keine lebenden Zeitzeugen mehr geben werde.

In fünf Werkstätten beschäftigten sich die Teilnehmer/innen der Tagung am Nachmittag am 5. Dezember mit konkreten Handlungsstrategien gegen Antisemitismus. Zusammengetragen wurden insbesondere Vorschläge für die Bildungs- und Jugendarbeit sowie die Stärkung zivilgesellschaftlicher Projekte.

Gudrun Giese

(*) Oliver Decker und Elmar Brähler, Bewegung in der Mitte, Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2008, Im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin; www.fes.de/rechtsextremismus

Chronik des Hasses

Der „blick nach rechts“ dokumentiert ausgewählte antisemitische Vorfälle im ersten Halbjahr 2008:

Januar 2008:

Ein Mitarbeiter des Lapidariums am Jüdischen Friedhof in der Schönhauser Allee in Berlin entdeckte am 9. Januar ein durch einen Pflasterstein demoliertes Fenster. Auch an einer jüdischen Einrichtung in der Straße Am Rupenhorn wurde ein Fenster – vermutlich mit einer Luftdruckpistole – beschädigt. (Junge Welt v. 10.1.) Im Zeitraum vom 10. bis 16. Januar wurde der Jüdische Friedhof von Günterberg in der Nähe von Angermünde (Uckermark) geschändet. Grabsteine wurden umgeworfen und Hakenkreuze darauf geschmiert, zwei Grabsteine völlig zertrümmert. (Märkische Oderzeitung v. 17.1.) Das Arbeitsgericht Frankfurt wies am 21. Januar die Kündigungsschutzklage einer Angestellten zurück. Im Verlauf einer verbalen Auseinandersetzung am Arbeitsplatz hatte die Frau zu ihrer jüdischen Kollegin gesagt: „Die anderen sind doch schon tot. Heil Hitler“. (dpa/Frankfurter Rundschau online v. 21.1.) In Sömmerda/Thüringen bemerkte eine Polizeistreife in der Nacht zum 27. Januar, dass die Gedenktafel, die an den Todesmarsch der Buchenwald-Häftlinge und der jüdischen Frauen im KZ-Außenlager erinnert, mit Hakenkreuzen beschmiert und mit dem Wort „Gas“ überzogen war. (Thüringer Allgemeine v. 6.2.) Am 27. Januar entdeckte die Polizei Schmierereien an einem Mahnmal für die Opfer des Nationalsozialismus in Premnitz (Havelland). Unbekannte hatten den Gedenkstein mit Farbe besprüht und ein beschriebenes Stoffflaken aufgehängt. (dpa/Berliner Morgenpost v. 28.1.) Polizeiangaben vom 29. Januar zufolge wurde ein Schaukasten am Mahnmal Wenzelnberg in Solingen (NRW) zerstört. Das Mahnmal erinnert an 71 Menschen, die am 13. April 1945 in der Wenzelnberg-Schlucht von den Nazis erschossen worden waren. (Solinger Tagblatt v. 29.1.)

Februar 2008:

In der Nacht zum 8. Februar wurden die Eingangstüren der Frauenkirche in Grimma (Sachsen) mit rechtsextremen und antisemitischen Aufschriften wie „Juden raus“ und einem Hakenkreuz neben einem Davidstern besudelt. (Neues Deutschland v.

9./10.2.) Unbekannte beschmierten in der Nacht zum 8. Februar die alte Synagoge in Wittich (Rheinland-Pfalz) mit NS-Symbolen- und Parolen. (dpa/Rhein-Zeitung v. 11.2./Neues Deutschland v. 9./10.2.) Angaben der Mitteldeutschen Zeitung vom 9. Februar zufolge sollen die NPD-Abgeordneten im Kreistag des Burgenlandes nicht mehr mit T-Shirts auftreten dürfen, die Irans Präsidenten und den Schriftzug „Mein Freund ist Inländer“ zeigen. Die Hemden seien antisemitisch, so Sachsen-Anhalts Innenstaatssekretär Rüdiger Erben. In der Nacht zum 10. Februar informierte ein Anrufer die Polizei über die Schändung einer Jüdischen Gedenkstätte in Berlin-Steglitz. An der so genannten Spiegelwand auf dem Hermann-Ehlers-Platz waren mehrere Kränze und ein Buch zerstört worden. Die Gedenkstätte erinnert u.a. an eine ehemalige Synagoge und von den Nazis in Vernichtungslager deportierte Juden. (ddp v. 10.2.) Am Wochenende des 16./17. Februar wurden in Erbach und Michelstadt in Hessen an mehr als 20 Stellen ausländerfeindliche und antisemitische Symbole und Parolen aufgesprüht. (Hessischer Rundfunk v. 20.2.) In der Nacht zum 20. Februar sprühten Unbekannte Hakenkreuze und „Juden Raus“-Parolen an eine Gedenkstätte für das KZ Neuengamme in Bremen-Blumenthal. (TAZ v. 22.2.) Unbekannte beschmierten das Jüdische Mahnmal in der Levetzowstraße in Berlin-Moabit. (ddp v. 18.2.) An einer der Stelen der Gedenkstätte für die ermordeten Juden Europas in der Nähe des Brandenburger Tors in Berlin wurden am 22. Februar rechtsextreme Schmierereien entdeckt. (dpa/Tagesspiegel v. 23.2./Bild am Sonntag v. 24.2.) In der Nacht zum 24. Februar wurde eine Kranzschleife von der Dessauer Gedenkstele gestohlen und mit einem Hakenkreuz versehen am Tor des Jüdischen Friedhofs angebracht. Auf dem Jüdischen Friedhof in Köthen (Sachsen-Anhalt) wurde eine Gedenktafel geschändet sowie eine antisemitische Parole auf eine Mauer gesprüht. (Kanal8 v. 27.2.) Unbekannte beschmierten am 27. Februar ein Schaufenster in der Innenstadt von Rottweil (Baden-Württemberg) mit rechtsextremer Propaganda. Die Täter sprühten ein Hakenkreuz und „Jude“ auf die Fensterscheibe. (Südkurier v. 28.8.2)

März 2008:

In der Nacht zum 1. März wurde ein weiteres Schaufenster eines Wohn- und Geschäftshauses im thüringischen Pößneck eingeworfen. Das Aktions-

bündnis Courage aus Pößneck geht von einer antisemitischen Reaktion auf die Ankündigung aus, dass vor dem Gebäude „Stolpersteine“ in Erinnerung an eine jüdische Familie verlegt werden sollten. (Osthüringer Zeitung v. 4.3.) In der Nacht vom 1. auf den 2. März wurden 16 Grabsteine des Jüdischen Friedhofs in Thallichtenberg (Kreis Kusel, Hessen) umgeworfen, Einfassungen beschädigt und Gedenksteine mit NS-Parolen und Symbolen besprüht. Als Täter ermittelte die Polizei zwei junge Männer im Alter von 15 und 23 Jahren. Als Tatmotiv nannte der polizeibekannte 23-jährige Arbeitslose, er könne „die Israelis nicht leiden“. Er gab zudem die Schändung eines jüdischen Friedhofs im saarländischen Sötern bei St. Wendel zu. Dort waren zehn Grabsteine umgestoßen und an mehreren Stellen des Friedhofs Runen, Hakenkreuze und andere NS-Symbole sowie an der Friedhofsmauer der Spruch „Blutig heidnischer Terror“ angebracht worden. (ddp v. 18.3./AP v. 4.4./SWR v. 30.4./Jüdische Allgemeine v. 3.4.) In der Nacht auf den 9. März wurden der Jüdische Friedhof und ein jüdischer Gedenkstein in Rheine (NRW) mit Hakenkreuzen und rechtsextremen Parolen beschmiert, auf eine Mauer des Jüdischen Friedhofs der Satz „Glaubt nicht ihre Lügen“ gesprayt sowie Stolpersteine übersprüht. (Westfälische Nachrichten v. 11.3./Grevener Zeitung v. 11.3.) In der Nacht zum 11. März wurde die Außenmauer der Gedenkstätte Sachsenhausen bei Berlin in der Nähe der „Jüdischen Baracken“ mit Hakenkreuzen besudelt. (dpa/Hamburger Abendblatt v. 11.3.) Am späten Abend des 14. März grölten sieben junge Männer im Alter zwischen 18 und 21 Jahren vor einem Lokal in der Würzburger Innenstadt antisemitische Lieder, zeigten den Hitlergruß und brüllten „Sieg Heil“. In der Nacht zum 16. März wurde der Jüdische Friedhof in Neustrelitz (Mecklenburg-Vorpommern) geschändet. Laut Polizei rissen Unbekannte des Tor zum Friedhof aus den Angeln und stießen Grabsteine um. (Spiegel online v. 16.3.) Am 20. März beschmierten Unbekannte in Stuttgart-Degerloch mehrere kurz zuvor eingearbeitete Stolpersteine und sprühten mit Hilfe einer Schablone „stoppt Israel“ auf den Gehweg. (Stuttgarter Wochenblatt v. 27.3.) Beim Spiel der Fußball-Niedersachsenliga zwischen dem MTV Gifhorn und dem TuS Celle FC am 22. März wurde im Gifhorner Fanblock zweimal das „U-Bahn-Lied“ angestimmt: „Wir bauen eine U-Bahn von Celle bis nach Auschwitz“. (Cellesche Zeitung v. 27.3.) Am 24. März gab die Polizei die

Schändung einer Gedenkstele auf dem Gelände des Jüdischen Friedhofs in Rostock mit rechtsextremen Symbolen bekannt. Mehrfach wurde unter Verwendung einer Schablone das Zeichen „C 18“ (Chiffre für „Kampfgruppe Adolf Hitler“) aufgesprüht. (ddp v. 25.3.) Am Rande eines Fußballspiels zwischen dem Adlershofer BC und dem jüdischen Verein TuS Makkabi am 29. März in Berlin rief ein 44-Jähriger nach Abpfiff rechtsextreme Parolen und zeigte den Hitlergruß. Zudem beleidigte ein 38-Jähriger eine 58-jährige Betreuerin von TuS Makkabi. (ddp v. 31.3.) Fans des Halleschen FC gölten am letzten März-Wochenende beim Spiel mit der Zweiten Mannschaft von Carl Zeiss Jena in Halle wiederholt „Juden Jena“. (Spiegel online v. 2.4.)

April 2008:

Am 8. April teilte die Polizei die Beschädigung einer Gedenkstele im ehemaligen Konzentrationslager Barth in Mecklenburg-Vorpommern mit. Mehrere Häftlingsfotos wurden zerkratzt, auf ein Foto SS-Runen eingeritzt. (ddp v. 8.4.) In der Nacht zum 5. April wurde eine Gedenktafel am Standort der ehemaligen Synagoge in Wriezen (Brandenburg) so stark beschädigt, dass sie entfernt werden musste. (Märkische Oderzeitung v. 18.4.) Sechs Jugendliche grölten am 15. April vor dem Spiel VfL Wolfsburg gegen Bochum den Spruch „Buchenwald, Buchenwald, wir machen alle Juden kalt!“. (Wolfsburger Allgemeine v. 19.4.) Rund ein Dutzend mit Thor Steinar T-Shirts gekleidete Personen stimmten bei der Partie des VfR Roßla (Sachsen-Anhalt) gegen den SV Höhnstedt am 19. April mehrfach das Lied „Wir bauen eine U-Bahn von Roßla bis nach Auschwitz“ an. (Mitteldeutsche Zeitung v. 22.4.) Am 25. April teilte die Polizei mit, dass Unbekannte den Jüdischen Friedhof in Liebenau (Niedersachsen) geschändet und sechs Grabmale umgeworfen hätten, zwei der hohen Sandsteingrabmale waren zerbrochen. (dpa/greenpeace magazin v. 25.4./Pressemitteilung der Polizei Nienburg v. 25.4.) In der Nacht zum 27. April wurde der Jüdische Friedhof in Berlin-Weißensee geschändet. Die Täter stießen 23 Grabsteine und 10 Stelen um. (ddp v. 29.4.) In der Innenstadt von Nienburg wurde in der Nacht zum 30. April unter anderem eine jüdische Gedenktafel mit schwarzer Farbe beschmiert. (Pressemitteilung der Polizei Nienburg/Schaumburg v. 5.5.) Die zweite Nacht hintereinander schändeten Unbekannte den Jüdischen

Friedhof in Berlin-Weißensee. Am 30. April wurde entdeckt, dass 33 Grabsteine und 19 Grabsäulen umgeworfen waren, am Tag zuvor fand man 30 umgekippte Grabsteine und Stelen. (AP v. 30.4.)

Mai 2008:

Am 1. Mai grölte eine Gruppe von 20 jungen Männern auf dem Marktplatz in Colditz (Sachsen) antisemitische Parolen. Dabei wurde auch ein Megaphon benutzt. Später wiederholten einige der Rechtsextremisten ihre Parolen aus einem fahrenden Auto heraus. (mephisto v. 2.5.) Anfang Mai sprühten Unbekannte ein Hakenkreuz auf das Todesmarsch-Denkmal in Icking bei Dorfen (Bayern). Das Mahnmal erinnert an die Leiden der KZ-Häftlinge in den letzten Kriegstagen. (Isar-Loisachbote v. 20.5.) In der Nacht zum 8. Mai wurden in Hildburghausen (Thüringen) Stolpersteine mit Hakenkreuzen beschmiert, außerdem die Schriftzüge „6 Mio. Lüge und „Wer glaubt noch dran?“ angebracht. Die Stolpersteine waren erst am 5. Mai verlegt worden. (dpa/Thüringer Allgemeine v. 8.5./ Freies Wort v. 9.5.) In der Nacht zum 8. Mai wurde ein Ehrenmal zum Gedenken an die Häftlinge des Konzentrationslagers Neuengamme in Boizenburg (Mecklenburg-Vorpommern) geschändet. Die Täter beschmierten den Gedenkstein mit einem Hakenkreuz sowie einem weiteren NS-Symbol und beschädigten das Ehrenmal. (ddp v. 9. 5.) Die Polizei stellte am 8. Mai in Grevesmühlen (Mecklenburg-Vorpommern) mehrere CDs mit volksverhetzendem Inhalt sicher. Unbekannte hatten die CDs, die laut Polizei antisemitische Filmszenen beinhalten, in Briefkästen verteilt. (ddp v. 9.5.) In der Nacht zum 11. Mai brachten Unbekannte im baden-württembergischen Burladingen und in Ringingen an öffentlichen Gebäuden rechtsextreme und antisemitische Parolen und Symbole an. (Schwarzwälder Bote v. 16.5.) Am 22. Mai wurde am Denkmal für die ermordeten Juden Europas in Berlin-Mitte erneut eine Hakenkreuz-Schmiererei entdeckt. (ddp v. 23.5.2008) Das Amtsgericht Nürnberg verurteilte am 26. Mai den 60-jährigen Physiker Oleg S. wegen Holocaustleugnung zu einer Geldstrafe von 120 Tagessätzen zu je 15 Euro. Im Internet hatte er unter anderem Sätze wie „Nirgendwo gab es die industrielle Massenvernichtung von Juden“ verbreitet. (Nürnberger Zeitung v. 27.5.)

Juni 2008:

In der Nacht zum 5. Juni wurde ein Anschlag auf das Todesmarschmuseum im Belower Wald (Brandenburg) verübt, außerdem ein Blumenkübel vor dem Gedenkstättengebäude umgestoßen und ein Zaunfeld demoliert. Bei einem noch immer nicht aufgeklärten Brandanschlag auf die Gedenkstätte im September 2002 war das Museum fast zerstört worden. Museum und Mahnmal bei Wittstock erinnern an die Opfer der Räumung des KZ Sachsenhausen im April 1945. Damals hatte die SS rund 33 000 Häftlinge auf verschiedene Märsche Richtung Norden gezwungen. (Märkische Allgemeine v. 6.6./AP v. 5.6.) Bei einem Landesligaspiel im brandenburgischen Forst am 7. Juni wurden aus einer 40-köpfigen Gruppe heraus Sprüche wie „Wir bauen eine U-Bahn von Cottbus bis nach Auschwitz“ skandiert. (Lausitzer Rundschau v. 9.6.) In der Nacht vom 10. auf den 11. Juni schändeten Unbekannte in Berlin mindestens 29 Stolpersteine. Mit einer weißen Flüssigkeit wurden die Texte auf den Stolpersteinen unleserlich gemacht. In einem Bekennerschreiben an das rechtsextreme Internetportal Altermedia hieß es u.a.: „Um ein dauerhaft gutes Verhältnis zu Israel zu schaffen, müssen wir der eigenen Opfer mindestens gleichwertig gedenken und eine moralische Erpressung nicht mehr zulassen.“ (Altermedia v. 13.6.) Am 16. Juni wurde ein Pflasterstein in den Betsaal der Jüdischen Gemeinde Pinneberg (Schleswig-Holstein) geworfen. Nach der Tat brüllte ein junger Mann am Telefonanschluss des Gemeindebüros: „Sowas kann öfter passieren, ihr habt keine Ruhe. Sieg Heil.“ (Hamburger Abendblatt v. 18.6.) Zwischen dem 16. und 22. Juni wurde der Zwangsarbeiter-Friedhof im Pleidelsheimer Wäldle (Kreis Ludwigsburg) geschändet, 12 Holzkreuze und der Zaun zerbrochen. (Ludwigsburger Kreiszeitung v. 5.7.) Am 18. Juni wurde die Schändung des Jüdischen Friedhofs in Hachenburg (bei Koblenz) entdeckt. Acht Grabsteine waren umgeworfen worden, einer der Grabsteine zerbrach. (Pressemitteilung der Polizei Rheinland-Pfalz) In der Nacht zum 26. Juni wurde in Magdeburg eine Mauer des Jüdischen Friedhofs mit einem Hakenkreuz beschmiert. (ddp v. 27.6.)

Teil II. folgt in der nächsten Ausgabe.

Zusammenstellung: Anton Maegerle

Seitenblick**NS-Raubkunst**

Deutsche Museen sind in der Pflicht, ihre Sammlungen auf Kulturgüter zweifelhafter Provenienz zu durchforschen.

Prominent und international besetzt waren Podien und Diskussionen auf dem Symposium zur NS-Raubkunst, das die Stiftung Preußischer Kulturbesitz (SPK) am 11. und 12. Dezember in Berlin mit rund 300 Teilnehmern veranstaltete: Zehn Jahre nach dem Washingtoner Abkommen, bei dem sich 44 Staaten und 13 Nichtregierungsorganisationen 1998 dazu verpflichteten, ihre öffentlichen Museen, Bibliotheken und Archive nach Kulturgütern zu durchforschen, die in der NS-Zeit „verfolungsbedingt entzogen“ worden waren, sowie „rasch die nötigen Schritte“ zu unternehmen, sie an die Vorkriegseigentümer oder ihre Erben zu restituieren und dabei „gerechte und faire Lösungen“ zu finden.

Kulturstaatsminister Bernd Neumann erklärte in seiner Eröffnungsrede, dass Deutschland, von dem „der größte Kunstraub der Menschheitsgeschichte“ ausgegangen sei, „uneingeschränkt zu seiner moralischen Verantwortung für die Restitution von NS-Raubkunst“ stehe: „Niemand kann guten Gewissens Kulturgut unklarer Provenienz in seiner Sammlung dulden“; das gelte für öffentliche, müsse aber auch für private Sammlungen gelten.

Provenienz – das ist der Dreh- und Angelpunkt der Debatte. Bestandserschließung forderte der erste deutsche Kunsthistorikertag zwar schon 1873 von den Museen. Doch sie wurde in den letzten Jahrzehnten vernachlässigt oder fand gerade bei den zahlreichen kleinen und mittleren Häusern angesichts massiver Kürzungen an Personal und Budget nicht mehr statt. Provenienzforschung im engeren Sinn, also die Entschlüsselung und Dokumentation gewissermaßen der Lebensgeschichte aller Kunstwerke im öffentlichen Besitz, die vor 1945 entstanden und nach 1933 erworben wurden, verbunden mit der Fragestellung, ob es bei dem Erwerb legal, gerecht und moralisch integer zugegangen sei, war als Untersuchungsgegenstand und kunsthistorische Disziplin bis in die 90er-Jahre noch unbekannt. Wie viele Objekte davon betroffen sind, kann höchstens geschätzt werden. Damit

verglichen sei allerdings die Zahl der hochpreisigen Gemälde, auf die sich die Diskussion bislang konzentrierte, unbedeutend, so Michael Eissenhauer, der Präsident des Deutschen Museumsbundes.

Über die Dringlichkeit, die auf den Einzelfall bezogene Provenienzforschung, vom Bund und der Kulturstiftung der Länder mit 1,2 Millionen Euro jährlich bis 2010 gefördert, jetzt endlich voranzutreiben, über die Magdeburger „Koordinierungsstelle für Kulturgutverluste“ zu vernetzen und die Ergebnisse – auch Zwischenberichte – im Internet öffentlich zugänglich zu machen, herrschte Einigkeit unter den Teilnehmern. Andere Länder, etwa Frankreich, Österreich und die Niederlande, sind hier viel weiter.

Gleichwohl, so betonte der US-amerikanische Rechtsanwalt Charles A. Goldstein (Commission for Art Recovery), habe Deutschland die Washingtoner Prinzipien bisher „hervorragend“ umgesetzt. Als Gegenbeispiel fungierte Ungarn, das, in den Worten der Rechtsanwältin Ágnes Peresztegi, trotz unterschiedlicher Regierungen eine Wagenburgmentalität herausgebildet habe, berechnete Ansprüche leugne, taktiere, Verhandlungen mit Erben in die Länge ziehe und die Washingtoner Ansprüche nicht erfülle.

Für Georg Heuberger (Claims Conference Deutschland) machen faire und gerechte Lösungen auch ebensolche Verfahren und einen gleichberechtigten Umgang miteinander „auf Augenhöhe“ erforderlich. Statt dessen betrachte man Geschädigte als Unruhestifter und Angreifer und behandle sie als Bittsteller. Er forderte die deutschen Museen auf, ihre Geschichte in der NS-Zeit aufzuarbeiten und in diesem Kontext zweifelhafte Objekte aus ihrem Besitz wenigstens zu benennen und in Listen im Internet öffentlich zu machen. Und er beklagte das Fehlen von Vertretern der Opferseite bei der Koordinierungsstelle und in anderen Beiräten. Hier versprach Hermann Parzinger, der Präsident der SPK, Abhilfe und sagte auch die Veröffentlichung von Zwischenergebnissen zu.

Die Vorträge werden im Frühjahr 2009 der Schriftenreihe der Koordinierungsstelle veröffentlicht; die auch eine Datenbank mit inzwischen 8000 Funden von Raubkunst betreut (www.lostart.de).

Theo Meier-Ewert

Rezension

Mythos „Werwolf“

Die NS-Untergrundorganisation war verantwortlich für zahlreiche feige Morde an den eigenen Landsleuten.

Gegen Ende des Zweiten Weltkriegs gründete die NS-Führung eine Untergrundorganisation, die Anschläge gegen bereits auf deutschem Boden befindliche alliierte Truppen und mit ihnen zusammenarbeitende Deutsche durchführen sollte. Unter der Bezeichnung „Werwolf“ begingen fanatische Nationalsozialisten denn auch in den Jahren 1944 und 1945 eine Reihe von Morden – meist an wehrlosen Landsleuten. Noch heute ranken sich Legenden und Mythen um diese Gruppierungen, die auch in Teilen des Neonazismus als Vorbilder gelten.

Die historische Forschung widmete dem „Werwolf“-Phänomen demgegenüber nur geringe Aufmerksamkeit. Um so erfreulicher ist da das Erscheinen einer Arbeit, die der Historiker und Journalist Volker Koop unter dem Titel „Himmlers letztes Aufgebot. Die NS-Organisation „Werwolf““ vorgelegt hat. Sie will ein umfassendes Bild dieser Untergrundorganisation bezogen auf Entwicklung, Struktur und Zusammensetzung auf Basis von erst nach 1990 zugänglichen Archivmaterial aus der früheren DDR liefern.

Die Darstellung gliedert sich in zwölf Kapitel: Zunächst geht es um die Namensgebung und Vorläuferorganisationen und die Entstehung der ersten „Werwolf“-Gruppen. Letztere führt der Autor auf eine Initiative Himmlers in zeitweiliger Konkurrenz zu anderen NS-Institutionen zurück. Entgegen der ursprünglichen Absicht, vor allem Anschläge gegen die alliierten Truppen durchzuführen, kam es dazu nur in wenigen Fällen. Vielmehr ermordete man Zivilisten, die angeblich oder tatsächlich für eine Zusammenarbeit mit den Siegermächten eintraten. Dafür steht die Tötung des Aachener Oberbürgermeisters Franz Oppenhoff. Koop weist hierbei aber ebenso wie für den Fall der „Penzberger Mordnacht“ darauf hin, dass diese Taten nicht allein den „Werwolf“-Gruppen zugeordnet werden können.

Neben diesen brutalen Morden stehen auch noch andere Aspekte im Zentrum der Darstellung wie die Radio-Agitation mit einem eigenen Sender oder die Wirkung der gezielten Angst-Propaganda des NS-Regimes gegenüber den alliierten Truppen.

Der Autor legt mit seinem Buch eine überaus informative und sachliche Darstellung zum Thema auf Basis breiten Quellenmaterials vor. Damit schließt er eine Lücke im bisherigen Wissen über das in der öffentlichen Wahrnehmung von Legenden und Mythen überlagerte Phänomen „Werwolf“. Hierbei zeigt sich auch, dass die Untergrundorganisationen nicht primär mutig gegen feindliche Truppen operierte. Eher bestand die Mehrheit ihrer Taten in feigen Morden an eigenen Landsleuten. Zwar setzten sich die „Werwolf“-Gruppen aus Gestapo-Mitarbeitern, „Hitler-Jungen“ und „Volkssturm“-Angehörigen zusammen, von einer Verankerung in der Bevölkerung konnte aber nicht gesprochen werden. Vielmehr bildeten die Untergrundorganisationen lediglich Einheiten, die den militärischen Untergang des „Dritten Reiches“ noch einmal besonders blutig gestalten sollten. Dies hätte der Autor in seiner stark beschreibend angelegten Arbeit analytisch noch stärker herausarbeiten können. Gleichwohl dürfte sein Buch auf längere Zeit das Standardwerk zum Thema bleiben.

Armin Pfahl-Traugher

Volker Koop: Himmlers letztes Aufgebot. Die NS-Organisation „Werwolf“. Böhlau Verlag, Köln 2008, 309 Seiten, 24,90 Euro.

IN EIGENER SACHE:



Wir wünschen unseren Leserinnen und Lesern ein frohes Weihnachtsfest und einen guten Rutsch ins Jahr 2009! Die nächste Ausgabe des „blick nach rechts“ erscheint wegen der Weihnachtspause wieder am 8. Januar 2009.

Meldungen**„Gedenkkundgebung“**

Siegen – Rund 100 Neonazis haben am Abend des 16. Dezember in Siegen in Nordrhein-Westfalen demonstriert. Angekündigt war der Aufmarsch als „Gedenkkundgebung zum Jahrestag der Bombardierung Siegens am 16. 12. 1944“. Unter den Teilnehmern befanden sich neben Neonazis aus der Region auch „Kameraden“ aus den angrenzenden Bundesländern Hessen und Rheinland-Pfalz sowie aus dem Ruhrgebiet. Als Versammlungsleiter fungierte Christian Worch, der neben Axel Reitz, dem Siegener NPD-Kreisvorsitzenden Stephan Flug und zwei „freien“ Neonazis aus der Region auch ans Rednermikrofon trat. Anmelder der Demonstration war ein 21-jähriger Neonazi, der bislang als Zeitsoldat bei der Bundeswehr war. Einem Bericht der „Siegener Zeitung“ zufolge hat das Verteidigungsministerium inzwischen angeordnet, dass er mit sofortiger Wirkung die Bundeswehr verlassen muss. Auch im nächsten Jahr soll eine solche Kundgebung in Siegen stattfinden. Seit einigen Wochen sind im Siegerland verstärkte Aktivitäten Rechtsextremer zu beobachten. Dabei arbeiten NPD und „Freie Nationalisten Siegerland“ eng zusammen. Stephan Flug kündigte an, die NPD werde bei der Kommunalwahl im kommenden Juni für den Kreistag Siegen-Wittgenstein, für den Siegener Stadtrat sowie in weiteren Kommunen des Kreises antreten. (ts)

Fundamentalopposition

Leipzig – Der 34-jährige Neonazi Maik Scheffler vom „Freien Netz Nordsachsen“ tritt als NPD-Kandidat für die Landtagswahl im nächsten Jahr an. Der rund 50 Mitglieder umfassende NPD-Kreisverband Nordsachsen kürte den Neonazi am 6. Dezember zum Direktkandidaten bei der Landtagswahl 2009. In Neonazi-Kreisen gilt Scheffler, vormals Anführer der örtlichen Neonazi-Szene in Delitzsch, als „aktiver und bekennender Nationaler Sozialist“. Einer Pressemitteilung der NPD zufolge soll das frischgebackene NPD-Mitglied Scheffler „parteilose und parteigebundene Nationalisten im Regierungsbezirk Leipzig politisch vernetzen und vereint in den Kommunal-, Landtags- und

Bundestagswahlkampf führen“. Offiziell trägt Scheffler nun den Titel des „Koordinations- & Organisationsleiters“. Scheffler, so spekuliert die Homepage des neonazistischen „Freien Netzes Altenburg, wird „natürlich dazu beitragen können, dem bürgerlichen Kurs in manchen Teilen der NPD entgegen zu wirken und fundamentaloppositionelle Positionen wieder zu verstärken“. Die Kür von Scheffler stieß in der rechtsextremen Szene jedoch nicht nur auf Wohlwollen. Auf der Homepage des „Freien Netzes Altenburg“ gab ein Leser zu bedenken: „Na dann gute Nacht Sachsen. Ich werde mit Sicherheit keinen vorbestraften Gewalttäter in eine Volksversammlung wählen. Solange solche Leute wie Scheffler als Aushängeschild fungieren, bleibt der nationale Widerstand weiterhin ein Randgruppenphänomen.“ (am)

Impressum

Schirmherrschaft:

Ute Vogt (Mitglied des SPD-Präsidiums)

Herausgeber:

Institut für Information und Dokumentation e.V.,
Helmut Lölhöf

Redaktion:

Gabriele Nandlinger (verantwortlich)

Mail: nandlinger@bnr.de

Fon: (030) 255 94 174

Fax: (030) 255 94 192

Verlag:

Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH

Postfach 610 322, 10925 Berlin

Fon: (030) 255 94 100

Fax: (030) 255 94 192

Abo-Service:

Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH

Fon: (030) 255 94 130

Fax: (030) 255 94 199

Mail: vertrieb@vorwaerts.de